

US-Notenbank verursacht Hyperinflation: Glass-Steagall muß im September kommen!

Von Helga Zepp-LaRouche,
Bundsvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Bitte vervielfältigen
und weitergeben!

Wenn das „H“-Wort selbst in den Massenmedien auftaucht, dann müßte auch dem hartnäckigsten Realitätsverweigerer klar werden, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Die Entscheidung des Offenmarktausschusses der Federal Reserve (Federal Open Market Committee, FOMC) vom 10. August, den Banken weitere Billionen an toxischen Papieren abzukaufen, bedeutet schlicht und einfach, daß die US-Notenbank jegliche Kontrolle verloren hat und zum allerletzten Mittel greift: dem unbegrenzten Drucken von Geld. Die Folge wird sehr kurzfristig eine hyperinflationäre Explosion wie 1923 in Deutschland sein, nur dieses Mal weltweit.

Die in Washington einflußreiche Zeitung *Politico* kommentierte, daß die Verzweiflungstat der Fed, euphemistisch „quantitative easing 2“ genannt, wegen der benötigten Geldmengen (die Banken sitzen auf mindestens dreistelligen Billionenbeträgen an Giftmüll) nicht nur inflationäre Gefahren mit sich bringe, sondern Hyperinflation wie in Weimar 1923. Sogar die erkonservative NZZ warnte vor der durch die Fed ausgelöste Hyperinflation.

Zusätzlich haben die ökonomischen Daten bezüglich der Realwirtschaft in den USA Washington und die Wallstreet in Panik versetzt. Wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Einkommen, zahlungsunfähige Kommunen, eine erneute Runde der Immobilienkrise mit verheerenden Folgen für den Bausektor, die Erwartung von Steuererhöhungen aufgrund von reduziertem Steueraufkommen - all diese Faktoren illustrieren den Kollaps der USA. Lyndon LaRouche und sein politisches Aktionskomitee LaRouche-PAC haben angesichts der realen Möglichkeit, daß das Finanzsystem das dritte Quartal nicht überlebt, eine Supermobilisierung für die sofortige Wiedereinführung des Glass-Steagall-Standards in Gang gesetzt.

Die enormen Liquiditätsmengen, die die Fed und die anderen Notenbanken zur Rettung der Spekulanten in die Märkte pumpen, haben eine gigantische Überschußliquidität geschaffen, die natürlich nicht in den Sparstrümpfen der Zocker versteckt wird, sondern mit Macht in die Rohstoffmärkte drängt. Als Folge davon explodieren die Rohstoffpreise, obwohl die Wirtschaft in den USA, der Eurozone - Deutschland sehr kurzfristig ausgenommen - und weiten Teilen der Welt daniederliegt.

Öl, Metalle und vor allem Agrarrohstoffe sind erneut Spekulationsobjekte für Investmentbanken, Hedgefonds und Kartelle. Natürlich versuchen die üblichen Meinungsmacher den gestiegenen Konsum in Asien und den Exportstopp von Seiten Rußlands für den Preisanstieg bei den Agrarrohstoffen verantwortlich zu machen, aber wenn z.B. der Weizenpreis in einer einzigen Woche um 50% nach oben schnell, dann ist der Fall eindeutig. Kakao, Kaffee, Zucker, Mais, Gerste etc. steigen um 20-30%, für den Herbst wird sich dieser Preisanstieg auf die Konsumentenpreise für Lebensmittel auswirken.

Wenn man bedenkt, daß eine Handvoll von Lebensmittelkartellen wie Cargill, Archer Daniel Midland und Monsanto mehr als 80% der Nahrungsmittelproduktion und -vermarktung kontrollieren, von Saat und Ernte über die Weiterverarbeitung bis hin zum Einzelhandel, und diese Konglomerate massiv in Termingeschäften engagiert sind, läßt sich rekonstruieren, wer vom Preisanstieg profitiert. Auch die Investmentbanken wie Goldman Sachs oder Merrill Lynch haben komplexe Finanzinstrumente für Agrarrohstoffe entwickelt. Eine Studie der FAO vom Juni besagt, das nur noch zwei Prozent der Termingeschäfte auf den Rohstoffmärkten mit dem realen Handel von Waren enden.

Investmentbanken sichern sich Ackerflächen in den Industrienationen, aber auch in den Entwicklungsländern, betreiben Lagerhallen und kaufen Schiffe und Hafenterminals. Die Zockerei findet vorwiegend an der Londoner Terminbörse oder an der Chicago Mercantile Exchange statt. Hier sorgen Investmentbanken, Hedgefonds, Pensionsfonds etc. als wirkliche Heuschrecken dafür, daß die Nahrungsmittel so knapp werden, daß sich die Armen dieser Welt das tägliche Brot nicht mehr leisten können. Denn wer über 50% seines monatlichen Einkommens für Lebensmittel ausgeben muß, für den ist eine 50prozentige Preiserhöhung beim Weizen katastrophal.

Die Hungeraufstände in 40 Nationen im Jahre 2008 waren nur der Vorbote dessen, was droht. Die Preisexplosion kann sehr bald zu einem Gau bei der Welternährung führen, der sich nur durch die von dieser Autorin schon damals geforderte Verdoppelung der Nahrungsmittelproduktion, die absolute Eliminierung der Nahrungsmittelspekulation durch ein Glass-Steagall-Gesetz und die Ablö-

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384
Baden-Württemberg: 0711-6773726
Niedersachsen: 0163-7774034
Hamburg: 040-18200658
Sachsen: 0351-4278140
Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405
NRW: 0201-3619753

bueso.de

sung des gegenwärtigen monetaristischen Systems durch ein Kreditsystem verhindern läßt.

Laut dem unabhängigen griechischen Statistischen Amt hat die Inflationsrate in Griechenland trotz drakonischer Sparmaßnahmen und der Insolvenz eines Viertels aller Geschäfte inzwischen 5,5% erreicht, also das Niveau wie vor dem Beitritt in die Eurozone. Die britischen Medien warnen, daß die Inflationsrate die Spareinlagen „obsolet“ werden läßt.

Aber all das ist erst ein Vorgeschmack auf das, was unmittelbar bevor steht - eine hyperinflationäre Explosion wie 1923. Auch damals war die Inflation jahrelang nicht zu sehen, obwohl die Reichsbank ab 1919 Geld druckte wie Heu, um die deutschen Kriegsschulden und die von Versailles auferlegten Reparationen zahlen zu können. Erst ab Frühjahr 1923, als es wegen der französischen Besetzung des Rheinlands zu passivem Widerstand und Streiks und damit zum Stillstand der Produktion kam, explodierte die Hyperinflation in einem halben Jahr, bis die Preise im November 1923 absurd wurden.

DER BOOM IN DEUTSCHLAND?

In Deutschland wächst die Wirtschaft so stark wie nie „seit der Wiedervereinigung“, jubelt die Finanzpresse. Doch dieses Zwischenhoch wird sehr schnell von einem Sturmtief vertrieben sein, denn es verdankt seine Existenz ausschließlich dem zwischenzeitlichen Anstieg des Exports, und zwar vornehmlich des Exports nach Asien und insbesondere China. Aber genau dort mehren sich die Anzeichen für die nächsten Turbulenzen. Der Zusammenbruch des Verbrauchermarktes in den USA wirkt sich bereits jetzt dramatisch für China aus. Dazu kommen zwei Blasen, die sich auf dem Binnenmarkt gebildet haben, nämlich eine Immobilienblase und eine weitere Blase von faulen Krediten, die kurz vor dem Platzen stehen.

Dazu mehren sich soziale Spannungen, einerseits aus Konflikten zwischen Wanderarbeitern und Bauern und andererseits, weil die Inflation bei Nahrungsmitteln im Juli bereits bei 6,8% lag. Die Regierung bemüht sich derzeit, die Kreditvergabe und Immobilienspekulation zu drosseln. Aber die Nachrichten über die Schwierigkeiten in China trugen schon jetzt neben den Daten aus den USA zu den Kurseinbrüchen auf den internationalen Märkten bei. Eine Verstärkung dieser Entwicklung, die leider vorprogrammiert ist, wird den deutschen „Boom“ schneller beenden, als man das Wort „Hyperinflation“ aussprechen kann.

Während hierzulande vom angeblichen „Sommermärchen“ des wirtschaftlichen Aufschwungs geträumt wird, ist die Reaktion auf die offensichtlich wahrgenommene Inflationsgefahr völlig falsch. Die Politik der EU-Kommission und der deutschen Regierung, die „Schuldenbremse“ in ganz Europa durchsetzen zu wollen, wird den wirtschaftlichen Nie-

dergang nur beschleunigen. Die Absicht von Finanzminister Schäuble, 80 Mrd. Euro durch die Streichung von Infrastrukturprojekten einzusparen, ist das Falscheste, was man nur tun kann. Deutschland hat nicht nur seit langem einen Investitionsstau bei der Infrastruktur von rund einer Billion Euro, was sich in schlechten Autobahnabschnitten und Straßen, unsicheren Brücken und ähnlichem auswirkt, die Einsparungen treffen auch das wenige, was von unserem produktiven Sektor noch übrig ist.

Für die minimale Reparatur von rund 64.000 km von insgesamt 400.000 km kommunaler Straßen wären nach Aussagen des Autoclubs Europa (ACE) mindestens 2,5 Mrd. Euro notwendig, die aber angesichts des Defizits der Kommunen von 15 Mrd. Euro gegenwärtig nicht vorhanden sind. Der ACE warnt, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis schwere Unfälle passieren werden. Dazu kommen natürlich negative Folgen für den Bausektor als Resultat der geplanten Kürzungen.

Das ausgerechnet Hartmut Mehdorn, als Exchef der Deutschen Bahn noch in Erinnerung für seine erfolglose Privatisierungspolitik, die Regierung jetzt daran erinnern muß, daß die massiven Kürzungen bei der Infrastruktur die Zukunft Deutschlands als Industrienation unterminieren, zeigt, wie weit es gekommen ist. Was statt dessen gebraucht würde, seien massive Investitionen in die Modernisierung der Bahn und anderer Infrastruktur, u.a. Verbindungen für Güter und Container von und zu den Seehäfen.

In der Zeit zwischen jetzt und Ende September wird sich die Lage so dramatisch zuspitzen, daß das Scheitern der gegenwärtigen Politik sich dramatisch auf die Tagesordnung setzen wird. Das Zusammentreffen des Wirtschaftskollapses in den USA, eine ernsthafte Krise in China, massivste Turbulenzen in der Eurozone und eine hyperinflationäre Preisexplosion werden deutlich machen, daß ein anderes Finanz- und Wirtschaftssystem absolut unerlässlich ist.

Es ist allerhöchste Zeit, den „irrationalen Überschwang“ und verantwortungslose Zockerei zugunsten weniger auf Kosten der absoluten Mehrheit der Menschheit zu beenden. Der Giftmüll muß entsorgt werden, und statt dessen müssen produktive Kredite für große Infrastrukturprojekte wie das Wassermanagementprojekt NAWAPA für den amerikanischen Kontinent, den Ausbau der Eurasischen Landbrücke und dringend benötigte Projekte wie das Transaqua-Projekt für Afrika zur Verfügung gestellt werden.

Der Kollaps des Systems der Globalisierung wird die Welt vor sehr viel größere Herausforderungen stellen, als es der Zusammenbruch des Kommunismus vor 20 Jahren getan hat. Damals wie heute liegen die Aufbaupläne bereit. Dieses Mal können wir uns nicht wieder erlauben, eine historische Chance zu verpassen. Der Absturz in ein finsternes Zeitalter wäre gewiß.

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich möchte mich über die Arbeit der BüSo informieren. Bitte kontaktieren Sie mich.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: _____ PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____ Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____ E-mail: _____